



Beschluss des 22. Parteitages der CDU Deutschlands:

**Geteilt. Vereint. Gemeinsam.
Perspektiven für
den Osten Deutschlands.**



I. Die Wiedervereinigung Deutschlands

Die friedliche Revolution

1. Mit der friedlichen Revolution von 1989 schufen die Bürger der ehemaligen DDR aus eigener Kraft und im Vertrauen auf Freiheit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft die Voraussetzungen für die historische Chance zur Überwindung der Teilung unseres Landes. Im Sommer 1989 kann es nach der Massenflucht über Ungarn und in die westdeutschen Botschaften in Prag und Warschau zu Demonstrationen in vielen Städten wie Dresden, Leipzig, Magdeburg, Rostock und Berlin. Diese Bewegungen breiteten sich über das ganze Land aus und gipfelten in der Montagsdemonstration vom 9. Oktober in Leipzig bei der rund 70 000 Menschen auf die Straße gingen. Es folgten Massendemonstrationen in der gesamten DDR. In den Forderungen „Wir sind das Volk“ und – später – „Wir sind ein Volk“ drückte sich die tiefe Sehnsucht der Menschen nach Demokratie, Freiheit und Einheit, aber auch die Wut auf das SED-Regime aus. Die Mitglieder der Bürgerbewegung, unter ihnen Arbeiter, Intellektuelle, Schüler, Studenten, trafen sich in den Kirchen des Landes und protestierten gegen das Regime, bis es am 9. November 1989 die Mauer öffnete. Die SED wurde gezwungen, auf ihren Führungsanspruch zu verzichten. Im Dezember 1989 und Januar 1990 wurden die Zentralen des Ministeriums für Staatssicherheit von „Bürgerkomitees“ besetzt. Daraufhin fiel im Januar 1990 der Beschluss, dieses Ministerium aufzulösen. Im März 1990 gab es die ersten freien Wahlen zur Volkskammer, durch die der Weg zur Deutschen Einheit geebnet wurde. Damit war die erste Freiheitsrevolution auf deutschem Boden, die gewaltlos verlief, erfolgreich vollendet. Sie zählt zu den glücklichsten Ereignissen der deutschen Geschichte.

Der gescheiterte Sozialismus

40 Jahre politisches Unrecht

2. Die DDR wurde unter Führung der UdSSR und ihrer SED-Gefolgsleute auf Befehl Stalins gegründet und war eine Folge des sowjetischen Sieges im Zweiten Weltkrieg. Walter Ulbricht und seine Parteigenossen unterdrückten rücksichtslos am 17. Juni 1953 mit Hilfe sowjetischer Panzer den Freiheitswillen der Ostdeutschen und ihren Wunsch nach einem wiedervereinten Deutschland. Am 13. August 1961 zementierte der Mauerbau die Teilung Berlins und Deutschlands auf lange Zeit. Stacheldraht, Minenfelder, Selbstschussanlagen und Grenzregime bedeuteten nichts anderes als die Inhaftierung der eigenen Bevölkerung. Daher gehört zur Bilanz von 40 Jahren DDR-Diktatur auch die Verletzung der Menschenrechte und die Frage nach den Opfern des massiven Missbrauchs politischer Macht.

- Bis zur Wiedervereinigung registrierte die „Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter“ ungefähr 420 000 Fälle von DDR-Unrecht. Die Vorwürfe reichten von rein politisch motivierten Unrechtsurteilen durch DDR-Gerichte über Misshandlungen an Gefangenen und Verschleppungen durch das DDR-Regime bis hin zu einer Vielzahl von politisch motivierten Tötungen an der innerdeutschen Grenze.
- Über 950 Tote an Mauer und Stacheldraht der innerdeutschen Grenze sind zu beklagen – erschossen, ertrunken, von Minen zerrissen, von Splintern durchsiebt. Hinzu kommen mehrere hundert ostdeutsche Flüchtlinge, die an den Außengrenzen des Warschauer Paktes erschossen wurden. Schließlich gab es unzählige ge-

scheiterte Fluchtversuche, bei denen die Betroffenen gefasst und zu mehreren Jahren Haft verurteilt wurden.

- Insgesamt gab es rund 250 000 politische Gefangene in der DDR. Die Haft war gekennzeichnet von nächtlichen Verhören, Isolierung und Informationssperren mit Unterbrechung jeglichen Kontakts zur Außenwelt. Die Haftbedingungen und die Zwangsarbeit blieben bei vielen ehemaligen Häftlingen nicht ohne Folgen: Ängste und Depressionen, körperliche Erkrankungen, Schlaf- und Konzentrationsstörungen. Ganz zu schweigen von den beruflichen Nachteilen durch versäumte oder mangelhafte Ausbildung aufgrund der Haft.
- Freie und geheime Wahlen, Meinungsfreiheit, Reisefreiheit sowie die Menschen- und Bürgerrechte hatten in der ehemaligen DDR keine Gültigkeit. Vielmehr gab es das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) als zentrales Herrschaftsinstrument der SED. Im Auftrag der SED haben noch 1989 mehr als 250 000 offizielle und inoffizielle Mitarbeiter die Gesellschaft eingeschüchtert und Millionen Menschen ohne deren Wissen kontrolliert und überwacht.

3. In der DDR wurden im Namen des Sozialismus, der „Diktatur des Proletariats“, Millionen Menschen schikaniert und ihrer Freiheitsrechte beraubt. Kritiker wurden kriminalisiert oder sogar getötet, nur weil sie elementare Menschenrechte wahrnehmen wollten. Die CDU nimmt auch ihr Schicksal als Vermächtnis, allen Feinden der Freiheit weiterhin entgegenzutreten.

Versagen der zentralen Planwirtschaft

4. 40 Jahre Diktatur, Unfreiheit und sozialistische Planwirtschaft haben Erblasten materieller und immaterieller Art hinterlassen. Trotz hohen persönlichen Einsatzes der Menschen bewirkte das sozialistische System den wirtschaftlichen Niedergang der DDR. Die Menschen wurden damit auch um die Früchte ihrer Aufbauleistungen nach dem Zweiten Weltkrieg gebracht. Ebenso wie in der Bundesrepublik galt es, die verheerenden Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges zu beseitigen. Das erfolgte ohne Hilfe eines Marshall-Planes – bei zusätzlichen Zahlungen von Reparationsleistungen und bei Demontagen von Industrieanlagen durch die UdSSR – unter gewaltigen Anstrengungen und Entbehrungen jedes Einzelnen. Hinzu kam, dass unter der Zentralverwaltungswirtschaft lange Arbeitszeiten und zusätzliche Arbeitskampagnen im „Nationalen Aufbauwerk“ die Regel waren. Die sozialistische Planwirtschaft als Wirtschaftsform verursachte trotz der Anstrengungen der Menschen in der DDR den wirtschaftlichen Bankrott, für den die Führung der SED verantwortlich ist.

5. Es gelang dem SED-Regime jedoch, über Jahrzehnte die schlechte wirtschaftliche, ökologische und finanzielle Entwicklung zu verschleiern. Die Menschen in Ost und West wurden kontinuierlich über den tatsächlichen Zustand der DDR belogen. Erst als es keinen anderen Ausweg mehr gab, leisteten die Verantwortlichen den Offenbarungseid: Gerhard Schürer, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, fertigte im Oktober 1989 im Auftrag des SED-Politbüros für Generalsekretär Egon Krenz eine ungeschminkte Analyse der wirtschaftlichen Lage der DDR. Schürers Plankommission überblickte wie keine andere Organisation alle Vorgänge in der staatlichen Planwirtschaft und war deshalb in der Lage, das wahre Ausmaß der Katastrophe zu enthüllen. Schürer kam zu dem Schluss, dass der wirtschaftliche Rückstand in der DDR im Vergleich mit Westdeutschland uneinholbar geworden war. Zudem stellte er fest, dass aufgrund der dramatischen Verschuldung im „kapitalisti-

schen Ausland“ bereits 1990 mit einer Zahlungsunfähigkeit der DDR zu rechnen war, die nur noch mit drastischen Maßnahmen wie einer Senkung des Lebensstandards um 25 bis 30 Prozent zu stoppen war. Dies hätte, so der nüchterne Bericht, das Land „faktisch unregierbar“ gemacht.

6. Die DDR stand im Jahr 1989 kurz vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Selbst grundlegende Reformen – die Verwirklichung eines sogenannten „Dritten Weges“ – hätten den unaufhaltsamen Niedergang nicht stoppen können. Die sozialistische Planwirtschaft erwies sich als reformunfähig, hatte vollkommen versagt und tief greifende Erblasten für Mensch und Natur, Wirtschaft und Gesellschaft hinterlassen:

- Die durchschnittliche Nutzungsdauer der Maschinen und Anlagen betrug 1988 etwa 26 Jahre. Die Lieferfristen für ein Auto betragen mehr als zehn Jahre. Die allermeisten DDR-Unternehmen waren gezwungen, ihre Produktion auf das sozialistische Ausland auszurichten. 1990 waren nur zwei Prozent der DDR-Betriebe auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig.
- Die Produktivität einer Vielzahl der Betriebe war äußerst gering. Produktion, Handel und Verwaltung waren mit Arbeitskräften überbesetzt. So gab es in der DDR bereits im letzten Jahr ihres Bestehens eine verdeckte Arbeitslosigkeit von 1,4 Millionen Menschen, dies entsprach einer Arbeitslosenquote von ca. 16 Prozent.
- Das sozialistische Plansystem führte zu einer dramatischen Umweltsituation. Von 10 600 km Wasserläufen waren nur circa drei Prozent sowie von 665 Seen und Talsperren etwa ein Prozent ökologisch intakt. 9,6 Millionen Einwohner der DDR erhielten zeitweise oder ständig qualitativ beeinträchtigtes Trinkwasser. Nur 58 Prozent der Bevölkerung waren an – meist noch unzureichend funktionierende – Kläranlagen angeschlossen. Mit einem Gesamtausstoß von mehr als 5 Mio. t Schwefeldioxid/Jahr stand die DDR weltweit an der Spitze der Pro-Kopf-Luftbelastung. Mit jährlich 2,1 Mio. t Staub wies die DDR die europaweit höchste Luftverschmutzung auf.

7. Angesichts von heruntergewirtschafteten Betrieben, schlechten Arbeitsbedingungen, grauen Dörfern und Städten und einer schwierigen Lage im Gesundheits- und Pflegewesen ist es verständlich, dass heute selbst die schärfsten Kritiker der Wiedervereinigung nicht zu einem System wie in der DDR zurückkehren wollen. Vordergründige soziale Errungenschaften und scheinbar sichere, jedoch unproduktive Arbeitsplätze waren nur um den Preis einer Abkoppelung der DDR-Volkswirtschaft von der Weltwirtschaft und des daraus resultierenden wirtschaftlichen Niedergangs möglich. Die Leistungen der Sozialpolitik, auf die heute die in „Die Linke“ umbenannte SED so oft hinweist, beruhten nicht auf der eigenen Wirtschaftskraft der DDR, sondern zum erheblichen Teil auf Schulden. Daran sollte bei heutigen Diskussionen häufiger gedacht werden: Die Bevölkerung der DDR ist durch den Sozialismus und die Misswirtschaft des SED-Regimes um die Früchte ihres Fleißes gebracht worden.

Die Volksparteien und die „Deutsche Frage“

CDU – Garant und Motor der Wiedervereinigung seit Konrad Adenauer

8. Die CDU trat seit ihrer Gründung 1945 immer für Freiheit, Einheit und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes ein. Bundeskanzler Konrad Adenauer gelang es, den freien Teil unseres Vaterlandes als einen gleichberechtigten und

geachteten Partner im Kreis der westlichen Demokratien zu etablieren. In seiner ersten Regierungserklärung zeigte er sich überzeugt, dass in Europa kein wirklicher Frieden herrschen könne, solange die deutsche Teilung Bestand habe. Die CDU hielt unbeirrt die deutsche Frage offen. Sie tat dies auch in den 70er und 80er Jahren als sie dafür angefeindet wurde. Von zentraler Bedeutung waren das Festhalten der Union an der einen, ungeteilten deutschen Staatsangehörigkeit, die konsequente Nicht-Anerkennung der innerdeutschen Demarkationslinie als völkerrechtliche Grenze, der Widerstand gegen die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften und das Beharren auf die „Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter“, die Gewaltakte und Menschenrechtsverletzungen in der DDR aufzeichnete. Ihre vorzeitige Auflösung, die von den SPD-geführten Bundesländern durch Zahlungseinstellungen erzwungen werden sollte, hätte die Hoffnung der politischen Häftlinge auf Rehabilitation zerstört und die Aufarbeitung von DDR-Unrecht nach 1990 beträchtlich erschwert.

Helmut Kohl – Kanzler der Einheit

9. Wie kein anderer hielt Helmut Kohl in den 80er Jahren an der Erkenntnis fest, dass die Deutsche Einheit und die europäische Einigung zwei Seiten einer Medaille sind. Er hat mit seiner Politik eine wesentliche Voraussetzung für die Deutsche Einheit geschaffen, indem er die Bundesrepublik als verlässlichen Partner etablierte. Als die Nachricht vom Fall der Mauer um die Welt ging, löste dies zwar Freude, aber auch Skepsis aus. Mit dem „Zehn-Punkte-Programm zur Deutschen Einheit“ übernahm am 29. November 1989 Helmut Kohl die deutschlandpolitische Initiative. Seine Rede vor der Dresdner Frauenkirche am 19. Dezember 1989 vor mehr als 100 000 Zuhörern machte deutlich, dass sich Deutschland auf dem Weg zur Wiedervereinigung befand, es aber keinen deutschen Sonderweg gehen würde. Das Ende des Zweiten Weltkrieges lag damals 44 Jahre zurück. Viele, darunter auch Staats- und Regierungschefs sowie Parlamentarier in befreundeten und benachbarten Ländern, hatten das Leid und den Schrecken noch vor Augen, die Deutschland unter dem Hitler-Regime über die Welt gebracht hatten. Es war ein Glücksfall, dass der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl bei George Bush sen., François Mitterand, Michail Gorbatschow, Margret Thatcher und anderen Partnern und Nachbarn die Zustimmung zur Deutschen Einheit erreichte. Als sich die Chance bot, nutzte der damalige Bundeskanzler konsequent die historische Stunde zur Wiedervereinigung. So wirkten die friedliche Revolution und das Erlangen der Zustimmung zur Wiedervereinigung, die der Kanzler der Einheit in ganz Deutschland und bei unseren internationalen Freunden und Partnern erreichte, so zusammen, dass innerhalb von nur 11 Monaten nach dem Fall der Mauer die staatliche Einheit verwirklicht werden konnte.

10. Von aufrechten Frauen und Männern gegründet, war die CDU in der sowjetischen Besatzungszone bereits kurz nach ihrer Gründung schweren Repressalien ausgesetzt. Etliche Mitglieder mussten ihr Bekenntnis zu unserer Partei sogar mit dem Leben bezahlen. Die CDU wurde von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) als führender Partei der DDR zwangsweise gleichgeschaltet. Viele aufrechte Freunde hielten die Idee der christlichen Demokratie auch in Zeiten der Diktatur wach. Sie versuchten in den sich bietenden Freiräumen zu wirken und konnten so einen Beitrag zur friedlichen Revolution leisten. Gleichwohl hat die CDU in der DDR im totalitären System der SED – Diktatur mitgewirkt. Die CDU nimmt die ganze Geschichte Deutschlands und damit auch die der eigenen Partei an und stellt sich seit ihren Beschlüssen von Weimar (1991) und Dresden (1991) sowie im Grund-

Grundsatzprogramm „Freiheit in Verantwortung“ (1994) dem notwendigen Prozess der Aufarbeitung und Erneuerung.

Wandlungen der SPD: Vom Opfer des Stalinismus zum Protagonisten der Zweistaatlichkeit

11. Die SPD erlag bei der Beurteilung der historischen Chance für die Wiedervereinigung einer politischen Fehleinschätzung. Sie hielt die deutsche Teilung für endgültig. Während manche Sozialdemokraten wie Kurt Schumacher, Willy Brandt und Helmut Schmidt – in Erinnerung an die unter dem kommunistischen Druck erfolgte Vereinigung und Auflösung der SPD in der Sowjetischen Besatzungszone – stets auf den diktatorischen Charakter des SED-Regimes und die Notwendigkeit der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit verwiesen, wollten große Teile der Sozialdemokratie seit Anfang der 80er Jahre gemeinsam mit der SED die Zweistaatlichkeit besiegeln. Zwei Jahre vor dem Mauerfall, am 27. August 1987, legten SPD und SED ein Grundwertepapier vor, in dem die Sozialdemokraten das Ziel der Wiedervereinigung faktisch aufgaben. Die SPD entwickelte mit einer Partei, die die Grundrechte der Menschen in der DDR missachtete, gemeinsame Wertvorstellungen. Hochrangige Repräsentanten der SPD haben den Wiedervereinigungsgedanken aktiv bekämpft. Damals wie heute hatte die SPD keine Probleme, sich für eine Partei zu öffnen, die sich zum Ziel gesetzt hat, die freiheitliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland zu bekämpfen.

12. Noch wenige Monate vor dem Mauerfall diffamierten führende SPD-Politiker das Streben der Union nach Wiedervereinigung. Selbst während des Vereinigungsprozesses versuchte die SPD, die Einheit auszubremsen. Die SPD erkannte nicht, wie wichtig das Signal war, den Menschen in der DDR durch die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt, im Juli 1990, die Gewissheit zu geben, dass der Einheitsprozess in unserem gemeinsamen Interesse lag. Ein Scheitern dieser Pläne hätte den wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR beschleunigt – mit unabsehbaren Folgen für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands. Trotzdem stimmten die SPD-geführten Landesregierungen in Niedersachsen (Gerhard Schröder) und im Saarland (Oskar Lafontaine) gegen den Vertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, der von den Regierungen Lothar de Maizières und Helmut Kohls zur Vorbereitung der Deutschen Einheit ausgehandelt war.

13. Mit dem Sieg der von Helmut Kohl initiierten „Allianz für Deutschland“ bei den ersten freien Wahlen zur DDR-Volkskammer am 18. März 1990 wurde der Weg zur Bildung eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates und zur Einführung der Sozialen Marktwirtschaft geebnet und demokratisch legitimiert. Von da an waren freie Wahlen, Presse-, Meinungs-, Verfassungs- und Demonstrationsfreiheit, Reisefreiheit oder die Freiheit der Wahl des Wohnsitzes garantiert. Mit dem Einigungsvertrag vom 31. August 1990 zwischen beiden Staaten in Deutschland und dem 2+4-Vertrag vom 12. September 1990 mit den vier ehemaligen Siegermächten war der Weg zur Wiedervereinigung frei. Sie erfolgte mit dem Beitritt der fünf Neuen Länder und Berlin (Ost) nach Artikel 23 des Grundgesetzes zum Gebiet der Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990. Doch die Herausforderungen blieben gewaltig. Der am 1. Juli 1990 vollzogene Schritt der Währungsunion war dabei die entscheidende notwendige finanzpolitische Voraussetzung, um eine wirtschaftliche Entwicklung im vereinten Deutschland zu ermöglichen.

Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse bedeutete eine grundlegende Umstellung:

- Sie begann mit der Neustrukturierung des Staatsaufbaus, die eine Wiedergründung der Länder, eine Kreis- und Kommunalreform sowie einen grundlegenden Neuaufbau von Verwaltung, Justiz und Strafvollzug umfasste.
- Die Betriebe mussten aus der Verflechtung mit dem Staatshaushalt und den politischen Kommandostrukturen gelöst und in neue Rechtsformen und Eigentumsverhältnisse überführt werden.
- Die gesamte Infrastruktur (Straße, Schiene, Bausubstanz, Telekommunikation, Wasser- und Energieversorgung sowie Abwasserentsorgung, Krankenhäuser, Schulen, Sporthallen usw.) war zu sanieren und teilweise neu zu errichten. Das Bildungs-, Forschungs- und Hochschulsystem und das Gesundheitswesen mussten umstrukturiert und reformiert werden.
- Ein gemeinsamer Kern von Grundwerten und eine Solidargemeinschaft sowie die Bürgergesellschaft als Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung mussten entwickelt werden.

14. Eine solch gewaltige Umstellung von einer Diktatur zur Demokratie und von der sozialistischen Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft stellte an die Menschen gewaltige Anforderungen. Nahezu jede Familie erlebte den Verlust von Arbeitsplätzen verbunden mit einer Neuorientierung im Berufsleben. Viele Ältere, gerade auch Aktive der friedlichen Revolution, waren von Arbeitslosigkeit betroffen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt im Betrieb zerbrach, eine Neuorientierung in der Bürgergesellschaft war erforderlich. Diese radikale Veränderung der Lebensumstände erforderte von den Ostdeutschen ein zweites Mal nach 1945 enorme mentale und physische Anstrengungen, die sie hervorragend gemeistert haben. Wir in der CDU sind stolz auf den großen Einsatz und die starken Leistungen der Menschen in den ostdeutschen Ländern. „Die Linke“, die in ihren programmatischen Aussagen wieder offen für den Systemwechsel und die Überwindung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Sozialen Marktwirtschaft eintritt, hat entgegen eigenen Bekundungen nichts aus der Geschichte gelernt. Die CDU wird ihren Kampf gegen sozialistische Experimente jeglicher Art fortsetzen.

20 Jahre nach der Wiedervereinigung – nostalgische Verklärung der DDR

15. Die Partei „Die Linke“, die direkte Nachfolgerin der für Unterdrückung und Bespitzelung verantwortlichen SED, propagiert ein Geschichtsbild, das die DDR als sozialpolitisches Großexperiment und nicht als menschenverachtendes totalitäres System zeichnet. Der Slogan „Freiheit durch Sozialismus“ zeigt den Zynismus der „Linken“: Diese Parole leugnet das Leid, die Unterdrückung, die Verfolgung und den wirtschaftlichen Misserfolg, den der Sozialismus für viele Menschen in der früheren DDR mit sich brachte.

16. Für die CDU ist klar: Wer unsere Gesellschaftsordnung überwinden will und nicht auf dem Boden unserer freiheitlichen Grundordnung steht, kann kein Partner von demokratischen Parteien werden. Das gilt uneingeschränkt für rechtsradikale und linksradikale Parteien. Wir lehnen die Zusammenarbeit mit der Partei „Die Linke“,

den politischen Erben der totalitären SED, ab. 20 Jahre nach dem Ende der DDR darf es kein Vergessen und Verdrängen geben.

17. Immer wieder gelingt es, die kommunistische Diktatur sowie die schlechte soziale und wirtschaftliche Situation, die schließlich zum Zusammenbruch der DDR führte, in den Hintergrund zu drängen. Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit wird der Versuch unternommen, Geschichte umzudeuten. Wer von einer „kommoden Diktatur“ oder dem „undemokratischen Rechtsstaat“ und nicht von den Unterdrückungsapparaten der SED-Diktatur spricht, wird auf den konsequenten und entschlossenen Widerspruch der CDU treffen.

Aufklärung über DDR-Unrechtsregime verstärken – wider das Vergessen und Verdrängen

Erinnerungskultur stärken

18. Zusätzlich zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und des Holocaust gehört für die CDU auch das Gedenken an die Opfer der Diktatur der SED zu den tragenden Elementen des wiedervereinigten Deutschlands. Von zentraler Bedeutung sind daher Gedenkstätten an den authentischen Orten, welche die Erinnerung an die Opfer und die Folgen ideologischer Politik als Mahnung für die Zukunft wach halten. Dafür ist von Bund und Ländern eine ausreichende und dauerhafte Finanzierung zu leisten.

19. Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 und die friedliche Revolution vom Herbst 1989 sind Ereignisse der deutschen Geschichte, die fester und wahrnehmbarer Bestandteil in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland sein müssen. Der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 als einzige erfolgreiche Freiheitsrevolution der Deutschen Geschichte kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Sie mündete in die ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990, durch die der Weg zur Deutschen Einheit geebnet wurde.

- Als sichtbaren Ausdruck setzt sich die CDU für die Errichtung eines Nationalen Freiheits- und Einheitsdenkmals auf der Berliner Schlossfreiheit ein.
- Wir unterstützen die Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Leipzig.
- In einem zentralen Museum der Deutschen Einheit in Berlin (Tränenpalast) sollen unter Verantwortung des "Hauses der Geschichte" die Ereignisse der friedlichen Revolution und die Geschichte der Wiedervereinigung nachgezeichnet werden.

20. Gedenkstätten sind Denkmale und Orte des Trauerns, Erinnerens und Gedenkens, Orte der Forschung und Orte der historisch-politischen Bildung. Deshalb ruft die CDU die Länder, die Kommunen und Kreise dazu auf, Orte der Erinnerung zu erhalten, Museen in den ehemaligen Stasi-Gefängnissen einzurichten und das Gedenken an die Opfer wach zu halten.

21. Die ehemalige deutsch-deutsche Grenze und die Berliner Mauer waren die sichtbaren Zeichen der Spaltung Deutschlands und der Unterdrückung sowie Symbol der Brutalität des SED-Regimes, das ohne solche Grenzen nicht bestehen konnte. Die CDU setzt sich dafür ein, dass die entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze noch vorhandenen „Grenzbefestigungsanlagen“ unter Denkmalschutz gestellt

werden und erhalten sowie durch Markierungen und Hinweistafeln erkennbar bleiben, damit die Grausamkeit dieser Grenze der deutschen Teilung in der vollen Dimension nachfolgenden Generationen erklärt werden kann. Dieses heutige „Grüne Band“ bleibt eine „Grüne Narbe“ für unser Land und unsere Geschichte. Deshalb müssen die Grenz Museen in ihrer Arbeit unterstützt und zuverlässig von Bund und Ländern finanziert werden.

22. Der wertvolle Erfahrungsschatz der Zeitzeugen soll in den Archiven der Länder und des Bundes dokumentiert und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Diese Zeitzeugen leben in den alten und den Neuen Ländern. Unter ihnen gibt es viele Menschen, die unter Einsatz ihres Lebens die DDR verlassen haben oder freigekauft wurden und in den alten Ländern eine neue Heimat gefunden haben. Auch ihre Erfahrung gehört zum Fundus der deutsch-deutschen Geschichte. Eine intensive Befragung von Zeitzeugen, insbesondere von Opfern, soll begonnen werden, um der zunehmenden Verklärung der DDR-Geschichte entgegenzutreten. Die Forschung zur Geschichte des geteilten Deutschlands ist zu fördern.

Lebendige Geschichte der DDR in den Lehrplänen verankern

23. Die Geschichte der deutschen Teilung und der SED-Diktatur müssen zentraler Inhalt des Schulunterrichts in ganz Deutschland werden. Es mangelt nicht an wissenschaftlichen Ergebnissen, Veröffentlichungen und Analysen, die hierfür die Grundlage sein können.

- Die CDU fordert, die deutsche Teilung, das SED-Unrecht und die friedliche Revolution als verbindliche Inhalte des Unterrichts in die Rahmenpläne des Fachs Geschichte der Sekundarstufen I und II aufzunehmen.
- In den Schulunterricht sind verstärkt Zeitzeugen zu Gesprächen einzuladen, die den Unterdrückungsapparat der DDR verdeutlichen sollen. Der 17. Juni soll als Zeitzeugentag eingeführt werden. An diesem Tag sollen in ganz Deutschland Zeitzeugen in Schulen eingeladen werden, um mit Schülerinnen und Schülern über ihre Erfahrungen zu diskutieren.
- Schülern soll die Gelegenheit gegeben werden, authentische Plätze, Ausstellungen und Gedenkstätten zu besuchen, die an die jüngere deutsche Geschichte erinnern. Wir wollen, dass hierzu Fahrtkostenzuschüsse für Klassenfahrten zu Gedenkstätten und -orten für Opfer der Deutschen Geschichte bereitgestellt werden.

Lehrstuhl DDR-Unrecht

24. Die CDU setzt sich dafür ein, dass ein Lehrstuhl zur Erforschung und wissenschaftlichen Aufarbeitung des DDR-Unrechtsregimes an einer Berliner Universität dauerhaft etabliert wird. Seine Aufgabe wird es sein, in Lehre und Forschung die Wirkmechanismen der SED-Diktatur und ihre Folgen für die Menschen in der DDR zu behandeln. Darüber hinaus gilt es, die Rolle und Bedeutung der DDR für die deutsche Teilungsgeschichte besser herauszuarbeiten. Eine zentrale Aufgabe dieser Professur wird es sein, die wissenschaftliche und öffentliche Debatte über die zweite Diktatur in Deutschland dauerhaft zu führen. Berlin ist wie keine andere Stadt in Deutschland als Standort für einen solchen Lehrstuhl geeignet, denn hier befanden sich die wichtigsten Institutionen des Unterdrückungsapparates der SED und hier haben die zentralen Archive von SED und Stasi ihren Sitz.

Mehr Gewicht in den Medien für Aufarbeitung der DDR-Geschichte

25. Filme wie „Das Leben der Anderen“, „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ oder „Das Wunder von Berlin“ haben ein bemerkenswertes Echo in ganz Deutschland gefunden. Die Diskussion zwischen Generationen, Regionen, Opfern, Nichtbetroffenen und Betroffenen kann zur inneren Einigung Deutschlands entscheidend beitragen.

- Die CDU setzt sich dafür ein, dass Filmproduktionen, die sich mit Themen der DDR-Aufarbeitung auseinandersetzen, durch die deutsche Filmförderung unterstützt werden.
- Die Union sieht es als Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die Zusammengehörigkeit im vereinigten Deutschland zu fördern. Deshalb sollen ARD und ZDF für Berichte über Gedenktage, wie den Tag der Deutschen Einheit, feste Programmplätze zur Hauptsendezeit einräumen.

Entschädigung der Opfer des SED-Regimes

26. Am 29. August 2007 ist das 3. Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für die Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR in Kraft getreten. Auf Initiative der CDU ist es gelungen, eine Opferpension einzuführen. Jährlich stellen die öffentlichen Haushalte mehr als 126 Mio. EUR zur Verbesserung der Situation von SED-Opfern bereit. Dies ist ein Schritt zur Wiedergutmachung von Unrecht. Er bedeutet jedoch nicht das Ende unserer Bemühungen, Ungerechtigkeiten zu beseitigen, die während der DDR-Zeit oder im Zuge der Rechtsangleichung seit 1990 entstanden sind.

II. Der Aufbau seit 1989/90 – eine Zwischenbilanz

Aufbau Ost – Leistungen und Erfolge von Ost und West

27. Beim Aufbau der Neuen Länder wurde Großartiges geleistet. Die große Mehrheit der Menschen in den Neuen Ländern bekennt sich zu den Prinzipien unserer Demokratie und zum Grundgesetz. Der Rechtsstaat hat sich bewährt. Der Föderalismus findet große Unterstützung. Die starken regionalen Identitäten in den Ländern Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern erwiesen sich als Kraftquell, der sich aus den historischen und kulturellen Leistungen dieser Kernländer der Reformation, der Aufklärung, der deutschen Klassik und der industriellen Revolution speist. Zugleich bleibt unser Vaterland in der westlichen Wertegemeinschaft fest verwurzelt.

Die bisherige Bilanz, gerade im Bereich der politischen Institutionen, der Justiz und in den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Hochschule, Bildung, Wissenschaft, Bürgergesellschaft, Infrastruktur und Wirtschaft ist reich an Erfolgsgeschichten. Heute rangieren Städte wie Dresden, Jena, Leipzig und Potsdam unter den bundesweit besten Standorten. Es haben sich Wissenschafts-, Produktions- und Technologiezentren mit innovativen Produkten entwickelt, die im weltweiten Wettbewerb gut bestehen können. Wir sind überzeugt, dass die Menschen in Ost und West die Energie, die Kraft und die Solidarität mitbringen, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Die Deutschen haben Grund zur Dankbarkeit und Freude.

Seit 1990 haben sich die Neuen Länder grundlegend verändert:

- Das war möglich, weil die Menschen in Ostdeutschland erhebliche Umstellungs- und Anpassungsprozesse mit großem Engagement gemeistert und eine bemerkenswerte Aufbauleistung vollbracht haben.
- Das war möglich, weil die Menschen im Westen zu nationaler Solidarität bereit waren und den Wiederaufbau aktiv materiell und mental unterstützt haben.
- Das war möglich, weil die unionsgeführte Bundesregierung in den entscheidenden Jahren nach der Wiedervereinigung die richtigen Weichenstellungen vornahm.
- Das war möglich durch die Transferleistungen von vielen hundert Milliarden Euro, die einen einmaligen Wiederaufbau bewirkten.

Wirtschaftlicher Aufbau

28. Nachdem tausende Landbesitzer und Betriebe in der SBZ entschädigungslos enteignet worden waren, wurden nach der Wiedervereinigung in den Neuen Ländern eine Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen neu gegründet oder angesiedelt, die auch Zulieferungen für Betriebe der Automobilindustrie, der Elektrotechnik, des Feingerätebaus, der Sensortechnik und vieler anderer Zweige leisten. Häufig haben Existenzgründer dies aus eigener Kraft geschafft. Als besonders stabil haben sich die Unternehmen erwiesen, die als Existenzgründungen aus Forschungseinrichtungen und Hochschulen heraus agierten. Sie bieten völlig neue Produkte an, die durch Innovationen gekennzeichnet sind und deshalb guten Absatz auf dem Weltmarkt finden. Diese Stärke der Neuen Länder gilt es weiter auszubauen.

29. Diese Entwicklungen haben Zukunft und schaffen Zukunft. Richtig ist aber auch, dass eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung noch nicht erreicht wurde. Auch im zweiten Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung leidet die wirtschaftliche Entwicklung an den Folgen der sozialistischen Misswirtschaft und der deutschen Teilung. Grund zur Zuversicht gibt aber, dass im Sommer 2008 die niedrigste Arbeitslosenquote seit 1991 in den Neuen Ländern registriert wurde. Die Zahl der Arbeitsplätze steigt stärker als im Westen. Allerdings liegt das Wachstum derzeit noch unter dem Westniveau und wird dieses frühestens 2010 erreichen. Das Steueraufkommen der Neuen Länder deckt nicht einmal die Hälfte der Ausgaben der öffentlichen Hand. Die ostdeutschen Länder müssen auch bei der Wirtschaftskraft schnell weiter aufholen, weil dies die Basis für mehr Arbeitsplätze und höhere Löhne darstellt. Zudem können die Länder in Ostdeutschland dadurch ihre Position als Empfängerländer des Finanzausgleiches verlassen. Insbesondere die CDU-geführten Landesregierungen in den Neuen Ländern haben in den letzten fast zwei Jahrzehnten die richtigen Rahmenbedingungen hierfür geschaffen.

Moderne Infrastruktur

30. Der Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur ist eine zentrale Voraussetzung, um Wachstum, Beschäftigung und damit Wohlstand und Lebensqualität der Bürger zu sichern. Nie zuvor in der Geschichte wurde innerhalb so kurzer Zeit die gesamte Infrastruktur eines Landes so tief greifend modernisiert. In den Neuen Ländern gehören die Telekommunikationsnetze zu den modernsten der Welt. Im Zeitraum von 1991 bis 2006 wurden in die Schienenwege, die Bundesfern- und Wasser-

straßen sowie im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes in den Neuen Ländern 67 Mrd. EUR investiert. Von besonderer Bedeutung ist hierbei der zügige Abschluss der 17 Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, die den Menschen unseres Landes zugute kommen.

In allen Neuen Ländern wurden flächendeckend Gewerbegebiete ausgewiesen, Technologie- und Gründerzentren errichtet und die Sanierung von Industrieanlagen vorangetrieben.

Umweltverschmutzung beseitigt

31. Die Belastung der Luft mit Schwebstaub konnte um 77 Prozent gesenkt werden. Die Schwefeldioxydbelastung ging um 52 Prozent zurück. Altlasten wurden gesichert, gefährliche Abfallentsorgungsanlagen geschlossen. Das gesamte Müllsystem wurde auf Entsorgung umgestellt. Die sechs Kernkraftanlagen sowjetischer Bauart wurden aus Sicherheitsgründen vom Netz genommen. Rund 90 Prozent der Sanierung der „Braunkohlealtlasten“ sind erledigt. Das Gebiet um Ronneburg, in dem Uran abgebaut wurde, ist in einer einmaligen Weise saniert worden. Die Gesundheitsgefahren, die von Luft, Wasser und Boden ausgingen, sind beseitigt.

Städte und Gemeinden

32. Eine beispiellose Erfolgsgeschichte des ‚Aufbaus Ost‘ ist die hervorragende Sanierung der historischen Innenstadtkerne auf dem Gebiet der früheren DDR, die heute teilweise zum UNESCO-Weltkulturerbe gehören. Wer den oftmals völlig maroden und vom Zerfall bedrohten Zustand der Städte und Gemeinden vor 1990 erlebt hat, gerät noch heute ins Staunen über diese Aufbauleistung, die eine gelungene Verbindung von Altstadtsanierung und moderner Architektur darstellt. Die Sanierung der historischen Ortskerne, insbesondere der Kirchen, ist ein für alle Menschen sichtbares Ergebnis des Wiederaufbaus nach dem Ende der SED-Herrschaft.

Leistungsfähige Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen

33. Für die SED-Führung war die „Volksbildung“ von entscheidender gesellschaftspolitischer Bedeutung. Hier sollte der neue Mensch im Verständnis des marxistisch-leninistischen Sozialismus erzogen werden. Deshalb war eine grundlegende Reform des Schulsystems eine der vordringlichen Aufgaben, die ab 1990 zügig von den Ländern durchgeführt wurde. Dabei stand die Entwicklung neuer Schultypen für die Klassen 5 bis 10 im Mittelpunkt, die die positiven Erfahrungen aus Ost und West berücksichtigt haben. Das Gymnasium mit Abitur wurde wieder eingeführt. Die konkrete Ausgestaltung der Schultypen richtete sich nach den besonderen Vorstellungen in den jeweiligen Bundesländern. Überall erhielten Schulen und Lehrer größere Freiräume bei der Gestaltung des Unterrichts. Die Lehrpläne und Lehrinhalte, die auf den Grundwerten eines freiheitlichen Staates aufbauten, wurden neu festgelegt. Die CDU-geführten Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen belegen heute vordere Plätze in der PISA-Rangfolge, ein Beweis für den erfolgreichen Neuaufbau des Schulsystems.

34. Die Reform und der strukturelle Umbau des Hochschulsystems wurden zügig vorangetrieben und konnten bereits 1994 abgeschlossen werden. Mittlerweile ist ein attraktives und differenziertes Angebot an Universitäten und an Fachhochschulen entstanden. Heute verfügen die Neuen Länder über 56 Hochschulen, davon 18 Universitäten und 26 Fachhochschulen. Während in der DDR vor allem die Ingenieurs-

und Technikwissenschaften starkes Gewicht hatten, wurden die Angebote in den sozial- und den geisteswissenschaftlichen Fächern erheblich gesteigert. Die neu eingerichteten Studiengänge zeichnen sich durch gute Strukturierung, Studierbarkeit und Interdisziplinarität aus. Die Mehrzahl der Studenten in den Neuen Ländern schließt das Studium in der Regelstudienzeit ab. Seit 1990 wurden deutlich mehr als 11 Mrd. EUR (einschl. Berlin) in den Hochschulausbau investiert. Es ist eine international konkurrenzfähig ausgestattete Hochschullandschaft entstanden, die allerdings noch besonderer Förderung bedarf, um an die Eliteuniversitäten anzuschließen. Besonders hervorzuheben ist die Neuerrichtung der Institute der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft, der Fraunhofer Gesellschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft, die eine stabile außeruniversitäre Forschungslandschaft in den Neuen Ländern etabliert haben. Mit hervorragenden Forschungsergebnissen auf dem Gebiet des Klimaschutzes, der Informations- und der Nanotechnologie sowie der Lebens- und Biowissenschaften stärken sie das Ansehen der Neuen Länder.

Erneuerung des Gesundheitssystems

35. In allen Neuen Ländern wurden neue Kliniken, Krankenhäuser und Rehabilitationseinrichtungen errichtet. Die öffentliche Hand einschließlich der Kranken- und Pflegekassen werden von Mitte der 90er Jahre bis zum Ende dieses Jahrzehnts rd. 10 Mrd. EUR in den Auf- und Ausbau des Gesundheitswesens Ost investiert haben. Diese Summe charakterisiert den ungeheuren Nachholbedarf, der gerade auf diesem Sektor vorhanden war. Doch hat heute jeder Zugang zur Hochleistungsmedizin. Die Lebenserwartung in Ost und West ist wieder gleich hoch.

Armee der Einheit

36. Schneller als jede andere staatliche Institution war die Bundeswehr in allen Landesteilen präsent. Fast 11 000 Soldaten der Nationalen Volksarmee der DDR wurden in die Bundeswehr als Zeit- und Berufssoldaten integriert. Mit enormem Aufwand wurden die Kasernen in den Neuen Ländern modernisiert und Truppenübungsplätze ökologisch saniert. An den Standorten der Bundeswehr entstanden Tausende von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Heute leisten Soldatinnen und Soldaten aus den ost- und aus den westdeutschen Ländern wie selbstverständlich einen gemeinsamen Dienst. Die Einheit ist in der Bundeswehr im Wesentlichen erreicht. Damit war die Bundeswehr ein Schrittmacher der Einheit unseres Landes. Sie ist die „Armee der Einheit“.

Starke Bürgergesellschaft

37. Während der SED-Diktatur wurde fast ein Viertel der Bevölkerung aus dem Land getrieben. Gezielt hatte die SED den Mittelstand zerstört. Die Gesellschaft erlebte einen historisch einmaligen Verlust ihrer bürgerlichen Mittelschichten. Für die Union gehören die Unterstützung von Vereinen und die Förderung des Ehrenamts zu den fundamentalen Anliegen christlich demokratischer Politik. Dass es gelungen ist, in 40 Jahren Sozialismus und Diktatur grenzüberschreitende Familien- und Freundschaftsbeziehungen sowie kirchliche Bindungen zu erhalten, ist eine der großen Leistungen der Menschen während der Teilung. Was heute in Heimatvereinen, Feuerwehrvereinen, Musikvereinen, Kirchengemeinden, Selbsthilfegruppen und Sportvereinen an persönlichem, freiwilligem Engagement von den Bürgerinnen und Bürgern eingebracht wird, war 1989/90 nicht vorstellbar. Die Union wird sich weiterhin für die Stärkung aller Ausdrucks- und Organisationsformen des bürgerschaftlichen Engagements auf der Kommunal- und Landesebene einsetzen.

III. Perspektiven für das 21. Jahrhundert – Ziele der Union

Wirtschaftliche Entwicklung stärken

38. Der Aufbau Ost befindet sich auf einem guten Weg. Seit Ende des Jahres 2005, das die erneute Übernahme einer unionsgeführten Regierung markiert, hat sich die wirtschaftliche Situation in ganz Deutschland und auch in den Neuen Ländern spürbar verbessert. Der Aufschwung führte bereits im Jahre 2006 zu einer Reihe positiver Entwicklungen, wie etwa dem kräftigen Wachstum im verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe, in den Bereichen Handel, Gastgewerbe und Verkehr oder der Neuansiedlung von Großunternehmen. Diese Entwicklungen haben sich seitdem fortgesetzt. Es gilt nun, sie durch eine nachhaltige, anreizorientierte Wachstumspolitik weiter zu stärken.

39. 20 Jahre nach dem Mauerfall ist die erste Generation ins Berufsleben eingetreten, die im vereinten Deutschland geboren wurde. Für diese Generation ist die Einheit von Ost und West eine Selbstverständlichkeit. Es ist das zentrale Anliegen der CDU, die künftigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen aus einer gesamtdeutschen Perspektive zu betrachten. Die wettbewerbsschwachen Regionen in Ost- und Westdeutschland sollen mittelfristig zu den wettbewerbsstarken Regionen in Europa aufschließen. Strukturschwachen und ländlichen Regionen müssen Entwicklungsperspektiven aufgezeigt werden. Dabei ist es wichtig, bestehende Standortvorteile zu bewahren und neue zu schaffen.

Mehr Arbeitsplätze schaffen

40. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich unter der unionsgeführten Bundesregierung deutlich entspannt. In den letzten drei Jahren ist die Zahl der Arbeitslosen über 1,6 Mio. zurückgegangen, davon allein 500 000 in den Neuen Ländern. Trotzdem sind immer noch zu viele Menschen ohne Arbeit – in Ostdeutschland ist die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Eine besonders wichtige Aufgabe bleibt die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit.

Attraktive Rahmenbedingungen für Unternehmensansiedlungen

41. Durch Unternehmensansiedlungen entstehen neue Arbeitsplätze. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Bund, Länder und Gemeinden in strukturschwachen Regionen in Ost und West die Rahmenbedingungen für Unternehmensansiedlungen weiter verbessern und die begonnenen Reformen konsequent weiterführen. Dazu gehören eine funktionierende Infrastruktur sowie ein wettbewerbsfähiges Steuersystem und die Rückführung gesetzlicher Vorschriften auf ein notwendiges Minimum ebenso wie eine zielgerichtete, auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtete Förderpolitik. Innovations- und Investitionsförderung sind der Schlüssel dafür. Zudem ist ein besonderes Augenmerk auf die Förderung von regionalen Netzwerken zu legen.

42. Wichtig für die erfolgreiche Ansiedlung von Unternehmen ist zudem das Angebot qualifizierter Arbeitskräfte, das wir mit einer konsequenten Förderung von Aus- und Weiterbildung und einer Stärkung der Universitäten, Fachhochschulen und von Berufsschulen erhöhen wollen. Darüber hinaus ist ein effektives Standortmarketing notwendig, das auch über Ländergrenzen hinweg koordiniert wird. Deshalb hat die

unionsgeführte Bundesregierung die Standortmarketingagentur „Invest in Germany“ erfolgreich weiterentwickelt.

Ländlicher Raum

43. Entscheidende Impulse für die Entwicklung des ländlichen Raums kommen aus den Regionen und von den Kommunen selbst. Bund und Länder können und müssen im Sinne einer koordinierenden Politik unterstützend tätig sein.

Der ländliche Raum braucht eine innovative und leistungsstarke Landwirtschaft, die hochwertige Lebensmittel erzeugt. Dieses Bekenntnis muss auch bei der Reform der EU-Agrarpolitik handlungsleitend sein. Die Union wird sich immer dafür einsetzen, dass bei der Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik die Chancen aller Formen landwirtschaftlicher Betriebe gewährleistet bleiben.

Betriebe und Naturschutz müssen zusammenarbeiten, denn Wirtschaft und Umweltschutz sind keine Gegensätze. Klimaschutz lässt sich am besten mit Spitzenforschung und Umwelttechnologie vorantreiben.

44. Wir wollen die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ aufstocken und zu einer Gemeinschaftsaufgabe zur Gestaltung des ländlichen Raums weiterentwickeln.

45. Der Tourismus im ländlichen Raum stellt zugleich einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Neue Gästepotenziale müssen erschlossen werden. Beispiele hierfür sind der Gesundheits- und Sporttourismus. Die CDU unterstützt die Initiativen zur Erweiterung des Angebots an Radwegen, Reitwegen, Camping- und Caravanplätzen, Wanderwegen und Lehrpfaden.

46. Notwendig ist eine flächendeckende Anbindung des ländlichen Raums an moderne Hochgeschwindigkeits-Datennetze, etwa durch entsprechende Breitbandverkabelung.

Förderinstrumente erhalten und weiterentwickeln

Solidarpakt II

47. Der bis 2019 laufende Solidarpakt II ist ein herausragendes Beispiel für eine patriotische Kraftanstrengung der Menschen in ganz Deutschland. Wir setzen uns dafür ein, dass die bis 2019 zugesagten Mittel von 156 Mrd. EUR unverändert und in vollem Umfang für die Neuen Länder eingesetzt werden. Gleichzeitig ist selbstverständlich, dass sie diese Mittel zweckgerecht für eine Schließung der noch bestehenden Infrastrukturlücken, gezielte Investitionsförderungen und zum Ausgleich der unterproportionalen Finanzkraft der Kommunen verwenden. Nur so können die eingesetzten Mittel ihr Ziel erreichen, die Wettbewerbsfähigkeit Ostdeutschlands zu erhöhen.

48. Zum Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2019 ist es an der Zeit, Bilanz über das durch den Solidarpakt in den Neuen Ländern Erreichte zu ziehen. Ausgerichtet an der in Abstimmung mit der Europäischen Union (EU) erstellten Landkarte der Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftskraft von Regionen im gesamten Bundesgebiet wollen wir die regional- und wirtschaftspolitischen Förderinstrumente in Ost und West neu justieren.

49. Nach einer ganzen Generation der Solidarität zwischen West und Ost muss von 2019 an eine gesamtdeutsche Solidarität zugunsten der schwächsten Regionen in Deutschland gezeigt werden. Deshalb setzt sich die CDU dafür ein, dass wirtschaftlich schwache Regionen in den neuen und in den alten Ländern gleichermaßen Solidarität und Förderung erfahren. Aufgrund der bis dahin erreichten Erfolge wird in den ostdeutschen Ländern eine in manchen Bereichen mit den westdeutschen Ländern vergleichbare Wirtschaftskraft erreicht sein, auf die sie zu Recht stolz sein werden. Nach wie vor bleibt der Osten Deutschlands auch dann aufgrund des hohen Nachholbedarfs zu großen Teilen besonders förderungswürdig. Die strukturschwachen Regionen im Westen müssen 30 Jahre nach der Einheit dieselben Rahmenbedingungen erhalten.

Investitionszulage

50. Das wirtschaftliche Gefälle zwischen Ost und West ist trotz des Aufholprozesses, der eingesetzt hat, noch sehr groß. Hauptinstrumente für die Wirtschaftsförderung in den letzten Jahren waren die Investitionszulage und die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA). Bis zum Jahr 2013 sind die Neuen Länder Ziel 1-Fördergebiete der EU. Dieser Zeitraum muss intensiv genutzt werden, um die Schere zwischen Ost und West in der Industriedichte weiter zu schließen. Darum ist die Fortführung der Investitionszulage über das Jahr 2009 hinaus notwendig. Für alle ostdeutschen Länder wollen wir die 2009 auslaufende allgemeine Investitionszulage bis 2013 verlängern und degressiv ausgestalten. Der jetzt vorgelegte Vorschlag der unionsgeführten Bundesregierung wird dazu beitragen, gute Voraussetzungen für mehr Wirtschaftskraft und mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

Gemeinschaftsaufgabe

51. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA), die vom Bund und den Ländern getragen wird, ist ein Erfolg. Sie hat von 2004 bis 2006 allein in Ostdeutschland rund 22,7 Mrd. EUR an Investitionen in die gewerbliche Wirtschaft angestoßen. Dadurch wurden ca. 260 000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert. Die GA wollen wir daher auf einem hohen Niveau fortsetzen.

52. Zunächst bis 2013 sind Fördergebiete und Förderbedingungen der GA festgelegt. Dabei werden die Fördergebiete nach bundesweit einheitlichen Indikatoren ermittelt. Aus diesen Kriterien ergibt sich gegenwärtig noch ein besonderer Schwerpunkt in Ostdeutschland. Die CDU setzt sich dafür ein, dass die Förderung auch weiterhin anhand bundesweit einheitlicher Indikatoren erfolgt und dass dieses Verfahren auch auf andere Förderprogramme ausgedehnt wird. In dem Maße, wie sich strukturschwache Regionen in den ostdeutschen Ländern überproportional gut entwickeln, wird es dabei auch zu einer veränderten Verteilung der Fördermittel zwischen den westdeutschen und den ostdeutschen Regionen kommen. Mit einer solchen bewährten Feinsteuerung besteht eine gute Grundlage für die Weiterführung der GA über 2013 hinaus.

53. Auch nach 2013 brauchen wir mit der Gemeinschaftsaufgabe ein schlagkräftiges, passgenaues Instrument, das die Belange der ostdeutschen und gleichzeitig der strukturschwachen westdeutschen Regionen berücksichtigt.

Kapitalversorgung erleichtern

54. Der weitaus größte Teil der in Deutschland ansässigen Unternehmen gehört zu den kleineren und mittleren Unternehmen (KMU). Das gilt für Deutschland insgesamt, aber insbesondere für Ostdeutschland, wo nur wenige Großbetriebe ansässig sind. Die KMU stellen mit insgesamt etwa 87 Prozent weitaus mehr Arbeitsplätze als die Großbetriebe. Damit sind sie die tragende Säule unseres Wirtschaftsystems und der Motor des Wirtschaftswachstums. Um die Gründung und auch die Expansion solcher Unternehmen zu erleichtern, müssen Hürden bei der Kapitalbeschaffung und –besicherung für dringend notwendige Investitionen beseitigt werden. Der CDU ist bewusst, dass ein einfacher Zugang zu Fremdkapital für die Entwicklung der Unternehmenszahl und -größe entscheidend ist. In diesem Zusammenhang wollen wir z. B., dass die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) eng mit den Förderbanken der Länder vor Ort zusammenarbeitet, um die Kapitalversorgung für KMU zu verbessern. Der Zugang zu Risikokapital muss verbessert werden.

Entbürokratisierung vorantreiben

55. Komplizierte Genehmigungsverfahren und bürokratische Verordnungen erschweren wirtschaftliches Wachstum. Ziel der Union ist es, die Bürokratiekosten bis 2011 um ein Viertel zu senken. Dazu sind von der unionsgeführten Bundesregierung u. a. mit der Einsetzung des Normenkontrollrats bei der Bundeskanzlerin oder mit den Mittelstandsentlastungsgesetzen bereits erste Schritte gemacht worden. Außerdem setzt sich die Union dafür ein, dass die in den Neuen Ländern umfangreichen Öffnungs-, Abweichungs- und Experimentierklauseln gegenüber dem Bundesrecht – bei Bedarf auch in den alten Ländern – Anwendung finden können. Zugleich kann damit ein Wettbewerb um intelligente und effiziente Lösungen in Gang gesetzt werden, von dem der Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt profitieren kann.

Beschäftigung fördern

Effiziente Arbeitsmarktinstrumente

56. Wir halten an dem Ziel der Vollbeschäftigung fest. Politik allein schafft jedoch keine Arbeitsplätze, sie setzt lediglich die Rahmenbedingungen dafür. Deshalb ist es wichtig, das Unternehmertum zu stärken und zugleich Arbeitskräfte bestmöglich zu qualifizieren und zu motivieren. Die Zahl der existierenden Arbeitsmarktinstrumente ist mit Blick auf größtmögliche Effizienzgewinne kritisch zu überprüfen und zu reduzieren. In Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit können modellhaft auch Abweichungsklauseln von den üblichen Regeln der Arbeitsmarktpolitik und den Arbeitsmarktinstrumenten vereinbart werden, wenn sie dazu dienen, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wirksam zu erhöhen. Wir brauchen beispielsweise auch eine weitergehende Öffnung der Tarifverträge für „betriebliche Bündnisse für Arbeit.“

Kombilohn-Modelle

57. Einen Beitrag für die Schaffung neuer Arbeitsplätze können Kombilohn-Modelle leisten, durch die auch gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verstärkt in Arbeit gelangen. Staatliche Zuschüsse machen die Schaffung dieser Art von Arbeitsplätzen im Inland für Arbeitgeber attraktiver.

58. Insbesondere mit Blick auf Langzeitarbeitslose und besonders schwer vermittelbare Arbeitssuchende werden bereits heute auf kommunaler Ebene unterschiedliche Modelle wie beispielsweise das Modell „Bürgerarbeit“ in Sachsen-Anhalt, Thürin-

gen und Bayern mit guten Erfolgen eingesetzt. Wir wollen dieses Konzept auf seine Übertragbarkeit auf größere Arbeitsmarktregionen prüfen.

Spitzenforschung und Innovation verbessern

59. Als Beitrag der mittelfristigen Arbeitsplatzsicherung in ganz Deutschland müssen Spitzenforschung, Grundlagenforschung und Innovationsförderung weiter ausgebaut werden. Universitäre und außeruniversitäre Forschung bilden mit ihrem Erkenntnisgewinn die Grundlagen für die Lösung komplexer Probleme unserer Zeit.

Deshalb schafft eine umfassende Forschungsförderung gute Zukunftsperspektiven für Deutschland. Bei der Förderung muss die Vernetzung von Forschungseinrichtungen, Universitäten und Wirtschaft eine besondere Rolle spielen, damit Forschungsergebnisse optimal in neue Produkte umgesetzt werden können. Nur so kann sich die Dynamik der Zukunftsmärkte auch auf dem Arbeitsmarkt abbilden.

Steuerliche FuE-Förderung und Projektförderung

60. Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) leisten gerade in Wachstumsphasen entscheidende Impulse, um zukunftsfähige Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern und die Dynamik in Zukunftsmärkten und -technologien zu festigen. Wir wollen aus diesem Grund zukunftsweisend die steuerliche FuE-Förderung neben dem Instrument der Projektförderung einführen.

61. Ostdeutschland braucht mehr Spitzenforschung von internationalem Rang. Dafür müssen wir weiter in die universitäre und die außeruniversitäre Forschung investieren. Wünschenswert wäre die Schaffung von flexiblen Großforschungseinrichtungen, um die Forschungsgrundlagen in den Neuen Ländern zu erweitern. Wir werden daher erfolgreiche Programme, wie die Förderung von Zentren der Innovationskompetenz, fortführen und um weitere Ansätze zur Stärkung von Spitzenforschung und Innovation ergänzen. Forschungsverbünde mit Unternehmen sollten gezielt gefördert werden. Ebenso sind Forschungsnetzwerke zwischen Universitäten und Forschungsinstituten zur Stärkung der Grundlagenforschung zu fördern.

62. Gemeinsame Kompetenzzentren sind eine gute Grundlage für anwendungsorientierte Forschung und zielgenaue Fachkräfteentwicklung. Zur Stärkung der Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen wollen wir in Anlehnung an das niederländische Modell Innovationsgutscheine ausgeben, die bei öffentlichen Forschungseinrichtungen und bei privaten Forschungs-GmbHs eingelöst werden können. Diese Stärkung des unternehmerischen Mittelstandes kann gerade relativ kapital schwachen jungen Unternehmen helfen, wie es sie besonders häufig in den Neuen Ländern gibt.

Differenziertes Bildungssystem

Bildungschancen für alle

63. Bildung ist heute mehr denn je eine Voraussetzung für gute Chancen am Arbeitsmarkt. Leider zeichnet die demografische Entwicklung ein Bild von sinkenden Kinderzahlen. So droht ohne weitere Bildungsanstrengungen ein erheblicher Nachwuchsmangel bei Fachkräften und Unternehmerpersönlichkeiten.

Diese Entwicklung stellt eine ernst zu nehmende Herausforderung dar – sie bietet aber auch eine große Chance. Denn Politik und Gesellschaft wird wieder bewusst: Jeder Einzelne zählt, niemand darf zurückbleiben oder zurückgelassen werden. Die CDU Deutschlands bekennt sich auch im Bildungsbereich zum Grundsatz des „Förderns“ und Forderns“.

Frühkindliche Bildung

64. Von elementarer Bedeutung ist die frühkindliche Bildung und Förderung. Hier haben die Neuen Länder gegenüber dem Westen Deutschlands einen Startvorteil bei der Betreuung von Kleinkindern. Auch im Westen muss bei Bedarf ein entsprechendes Betreuungsangebot für Kleinkinder geschaffen werden. Wir brauchen in ganz Deutschland eine hohe Qualität der Kinderbetreuung mit entsprechenden Bildungsplänen. Wir wollen deshalb eine bessere Qualifizierung der Erzieher durch Weiterbildung und durch einen höheren Anteil besonders qualifizierter Erzieher. Für leistungsstarke Kinder wollen wir das Einschulungsalter flexibilisieren.

Aufstieg durch Bildung: Vielfalt, Flexibilität und Durchlässigkeit

65. Es ist nicht gerecht und ökonomisch nicht sinnvoll, wenn mehr als zehn Prozent der Jugendlichen beim Verlassen der Schule noch nicht genug für einen guten Start in ihre Ausbildung gelernt haben, obwohl sie jahrelang die Schule besucht haben und Milliarden für Bildung ausgegeben werden.

Wir wollen, dass die schulische und die außerschulische Betreuung von Kindern verbessert wird. Wir wollen daher einen Dreiklang aus

- zielgenauer, problemorientierter Qualifikation der Lehrer,
- besserer Vernetzung von Schule, Jugendhilfe und Familien,
- und dort, wo es nötig ist, eine verstärkte und zielgenauere Schulsozialarbeit.

66. Das vielfältig gegliederte Schulsystem hat sich bewährt. Das Bildungswesen muss weiter alles daran setzen, Bildungsaufstiege durch kluge Organisationsformen zu ermöglichen. Das gilt besonders für die Schwachen, deren Lernpotenzial nicht immer ausgeschöpft wird. Das gilt aber genauso für die breite mittlere Leistungsgruppe, deren Aufstieg zu höheren Bildungsabschlüssen nicht erschwert werden darf. Zudem müssen leistungsstarke Schüler durch eine zielgerichtete Heranführung an die Hochschulen mehr gefordert werden.

67. Die CDU befürwortet den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagschulen, die einen pädagogisch strukturierten Tagesrhythmus bieten. Voraussetzungen sind hohe Qualitätsstandards der Schule, Transparenz über Inhalte und Formen, eine Mittagsversorgung für die Kinder und die Einbindung der Eltern in die Schulgestaltung.

Ingenieur- und Fachkräftemangel beheben

68. Folgt man dem letzten OECD-Bericht, dann werden wir es künftig mit einem Mangel an akademisch gebildeten Erwerbstätigen zu tun haben. In Deutschland herrscht ein massiver Ingenieur- und Fachkräftemangel. Durch die rückläufigen Bewerberzahlen wird die Ausbildung im Betrieb wieder Vorrang vor ergänzenden staatlichen Angeboten haben. Wir wollen daher das betriebsnahe duale Ausbildungssystem stärken.

Die Neuen Länder müssen ihren Vorsprung in den naturwissenschaftlichen, technischen und mathematischen Fächern erhalten. Auch in den alten Bundesländern brauchen wir deutlich mehr Begeisterung für Naturwissenschaft und Technik.

Gestaltungsspielräume für Hochschulen erweitern

69. Die Hochschulen der Zukunft brauchen eine ausreichende Finanzierung und weitgehende Autonomie. Sie sind dem Humboldtschen Ideal der Einheit von Forschung und Lehre verpflichtet, das unter modernen Bedingungen Veränderungen erfordert. Deshalb sollte an den Hochschulen der Lehre eine größere Bedeutung beigemessen werden. Didaktisch gut aufbereitete Lehrinhalte, gute Studienbedingungen und ausreichende personelle Betreuung der Studierenden sind unabdingbare Voraussetzungen. Lebenslanges Lernen und ständige Weiterbildung jedes Einzelnen werden die Zukunft der Wissensgesellschaft charakterisieren. Die Vernetzung der Hochschulen in alle gesellschaftlichen Bereiche wie Wirtschaft, Politik, Justiz, Medien und Gesundheitswesen ist voranzutreiben, damit sie in der Zukunft mehr als „Vordenker“ wirken können.

Demografischen Wandel gestalten

70. In Europa und vor allem in Deutschland geht die Bevölkerungszahl zurück. Seit mehreren Jahrzehnten ist in Deutschland jede Kindergeneration etwa ein Drittel kleiner als die Elterngeneration. Diese Entwicklung verläuft jedoch nicht überall gleich stark. Einige Regionen in Deutschland sind heute bereits besonders stark vom demografischen Wandel betroffen, in anderen Teilen des Landes wird es erst in einigen Jahren zu spürbaren Veränderungen kommen. Die Union setzt sich dafür ein, dass junge Familien, junge Menschen sowie die ältere Generation, die in den Dörfern und kleinen Städten leben und arbeiten, auch dort in Zukunft ihre Heimat haben können.

71. Diese veränderten Rahmenbedingungen bieten insbesondere für den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge Chancen für neue Formen der Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur. Die Union unterstützt den Aufbau flexibler und mobiler Infrastrukturangebote, wie die Einrichtung von Einkaufs-, Rufbussen oder Bürgerbussen zu öffentlichen Einrichtungen. Wir setzen uns dafür ein, dass moderne Informations- und Kommunikationstechnologien, der E-Commerce und das E-Government überall verfügbar sind. Wir wollen eine stärkere Förderung einer familiennahen Infrastruktur, um gerade jungen Menschen eine Perspektive in geringer besiedelten Regionen aufzuzeigen (flexible und hochwertige Kinderbetreuungs- und Schulangebote, Schulbusse, Mehrgenerationenhäuser).

72. Wir bekämpfen den drohenden Ärztemangel. Es muss frühzeitig gegengesteuert werden, da sich die Situation insbesondere in den Neuen Ländern zu verschärfen droht. Die ärztliche Vergütung wird im Zuge der Gesundheitsreform an das gesamtdeutsche Niveau angepasst. Eine stärkere Gewichtung der allgemeinen Tätigkeit im Gesamtbudget für die Honorare der Kassenärzte muss erfolgen.

73. Angesichts des Fachkräftemangels in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen sind wir auf gut ausgebildete Frauen in diesen Bereichen angewiesen. Während in der ehemaligen DDR Frauen und Männer gleichermaßen in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen tätig waren, sind in den alten Bundesländern Frauen nach wie vor in überwiegend „typischen Frauenberufen“ mit geringeren Verdienst- und Entwicklungschancen tätig. Die CDU setzt sich verstärkt dafür ein, dass in ganz Deutschland die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass sich junge Frauen verstärkt für die sogenannten „MINT-Berufe“ (z. B. Mathematik, Informatik, Technik) begeistern. Um Mädchen zu fördern, soll insbesondere die Vermittlung technischer und naturwissenschaftlicher Inhalte in Form von altersgerechten Projekten bereits in Kindertagesstätten, Kindergärten und im Schulunterricht ausgebaut werden.

Teilhabe der älteren Generation verbessern

74. Die größer werdende Generation aktiver älterer Menschen soll weiterhin die Möglichkeit haben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Viele Menschen sind heute bis ins hohe Alter gesund und können ihr Leben aktiv gestalten. Auch Lernen ist keine Frage des Alters. Allerdings ändert sich der Lernprozess und ist gepaart mit einem reichen Schatz an Lebenserfahrung. Wir wollen, dass die ältere Generation ihr Erfahrungswissen in der Wirtschaft, im Gesundheitswesen, im Ehrenamt oder in der Familie einbringt. Wir müssen ein Altern in Gesundheit, Autonomie und Mitverantwortlichkeit ermöglichen.

Lebensstandard im Alter sichern

75. Das gesetzliche Rentensystem hat sich auch in Ostdeutschland bewährt. Die CDU begrüßt die Initiativen der Bundeskanzlerin und von CDU-geführten Bundesländern zur Rentenangleichung in Ost und West mit dem Ziel, in absehbarer Zeit einen einheitlichen Rentenwert als wichtigen Baustein bei der Vollendung der inneren Einheit Deutschlands zu erreichen. Besonders in den Neuen Ländern ist die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung gegenwärtig die wichtigste Form der Alterssicherung. Sie wird aber künftig nicht den gewohnten Lebensstandard im Alter sichern können. Daher ist es notwendig, dass andere Formen der Vorsorge dazu beitragen, den Lebensstandard im Alter zu erhalten. Wer ein Leben lang vollzeitbeschäftigt war, muss eine Rente oberhalb der Grundsicherung erhalten, die bedarfsabhängig und steuerfinanziert ausgestaltet ist. Zur Ergänzung der gesetzlichen Rente werden wir auch die zweite und dritte Säule der Alterssicherung weiter stärken. Die private Altersvorsorge wird deshalb effizient und zielgerichtet weiter gefördert. Dazu wird z. B. die Förderung des Wohneigentums in die staatlich geförderte Vorsorge einbezogen. Die betriebliche Altersvorsorge muss weiter ausgebaut werden. Wirtschaftlich erfolgreiche Unternehmen in Ostdeutschland sollten von den gesetzlichen Möglichkeiten – z. B. Mitarbeiter an Gewinn und Kapital der Unternehmen zu beteiligen – vermehrt Gebrauch machen.

Verkehrsinfrastruktur zügig ausbauen

Von den Verkehrsprojekten „Deutsche Einheit“ zu Verkehrsprojekten „Europäische Einheit“

76. Deutschland in der Mitte Europas braucht eine leistungsfähige Infrastruktur als Voraussetzung, um auch im 21. Jahrhundert Wachstum und Beschäftigung und da-

mit Wohlstand und Lebensqualität für seine Bürger zu sichern. Zur stärkeren Einbindung der Neuen Länder in den europäischen und weltweiten Wirtschafts- und Güterverkehr fordern wir eine deutliche Fortschreibung der Verkehrsinfrastrukturentwicklung von den Verkehrsprojekten „Deutsche Einheit“ hin zu den Verkehrsprojekten „Europäische Einheit“. Die Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ müssen entsprechend der Zusage des Bundes für Straße, Schiene und Wasserstraßen zügig abgeschlossen werden.

EU-Infrastrukturausstattung verbessern

77. Die Infrastrukturentwicklung spielt bei der Gestaltung von EU-Förderinstrumenten eine zentrale Rolle. Die Neuen Länder schneiden nach wie vor gegenüber den alten Bundesländern hinsichtlich des Infrastrukturindikators schlechter ab. Zur Schließung der „Produktivitätslücke“ zwischen Ost und West muss auch die Infrastrukturausstattung der Neuen Länder verbessert werden. Auch nach 2013 muss ein angemessenes und flexibles EU-Beihilfesystem für strukturschwache Räume fortgesetzt werden. Ein dann noch möglicherweise bestehendes Fördergefälle sollte durch sachgerechte Übergangsregelungen zugunsten Ostdeutschlands abgedeckt werden.

Ausbau der Nord-Süd-Verbindungen

78. Die Ost- und Südost-Erweiterung der EU hat für die deutsche Wirtschaft weitreichende Folgen. Die aufstrebenden Metropolen in Mittel- und Osteuropa haben sich als sehr dynamisch erwiesen und gewinnen im Rahmen der Globalisierung für das europäische Wachstum an Bedeutung. Die wirtschaftlichen Zentren Deutschlands sind bisher nur ungenügend mit den dynamisch wachsenden Märkten wie beispielsweise in Tschechien, Polen, Slowakei, Ungarn oder etwa den Balkanländern und deren Metropolen verbunden. Dies gilt es unter Berücksichtigung der Potenziale aller Verkehrsträger zu ändern. Eine besondere Rolle kommt hierbei den Hinterlandanbindungen der deutschen Nord- und Ostseehäfen als Motoren der deutschen Außenwirtschaft zu.

Die Ostverlängerung der B6n als Verkehrsprojektes „Europäischen Einheit“ ist für die Schaffung einer transeuropäischen Ost-West-Achse von zentraler Bedeutung. Ein Transportkorridor von der Nord- und Ostsee bis an die Adria und das Schwarze Meer ist ein Verkehrsprojekt, das auf Jahrzehnte hinaus dem Osten Deutschlands neue Impulse verleihen kann.

In diesem Zusammenhang ist der Bau der BAB 14 Nordverlängerung zur Erschließung des immer noch größten autobahnfreien Raumes Deutschlands von herausragender Bedeutung. Unser Ziel ist es, diesen Korridor bei der anstehenden Revision der sogenannten TEN-Leitlinien der Europäischen Union zu verankern.

Neue Chancen in der Mitte Europas

79. Europa wächst zusammen. Erst vor kurzem haben wir den Beitritt Polens und Tschechiens und acht weiterer Staaten zum Schengen-Raum und damit den Wegfall der Grenzkontrollen gefeiert. Die Beziehungen zu unseren Nachbarn entwickeln sich gerade auf der Ebene der Bürger hervorragend. Dieser Weg muss fortgeführt werden, etwa durch Sprachunterricht an den Schulen, den Ausbau der grenzüberschrei-

tenden Straßen- und Schienenverbindungen oder Kooperationen bei der Verbrechensbekämpfung, im Tourismus und bei öffentlichen Dienstleistungen.

80. Unser Ziel ist es, ein ähnlich entspanntes und unkompliziertes Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn zu entwickeln, wie es zum Beispiel an der deutsch-französischen Grenze gelebt wird. Dazu gehört auch, dass die Menschen die guten Beziehungen zu unseren Nachbarn als Chance und Multiplikator für die wirtschaftliche und auch kulturelle Entwicklung der Neuen Länder nutzen. Grenzüberschreitende Initiativen wie das Deutsch-Polnische Jugendwerk oder den Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds werden wir aus diesem Grund weiter intensiv unterstützen. Versöhnende Gesten und brückenschlagende Initiativen der deutschen Heimatvertriebenen zu den Menschen in unseren östlichen Nachbarstaaten begrüßen und unterstützen wir.

81. Unsere osteuropäischen Nachbarn werden auch wirtschaftlich immer stärker. Die gute wirtschaftliche Zusammenarbeit von Unternehmen in der Bundesrepublik mit den erstarkenden Regionen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sind eine wesentliche Grundlage für ein weiteres vitales Wachstum und damit für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Diese besondere Chance für die Entwicklung der Neuen Länder wollen wir nutzen.

82. Wir wollen auch nach 2013 ein angemessenes und flexibles europäisches Beihilfesystem. Innerhalb und außerhalb Europas muss es darum gehen, das Fördergefälle nicht zu groß werden zu lassen. Wir wollen angemessene und gerechte Übergangsregelungen für die EU-Strukturförderung nach 2013, damit die mit Hilfe dieser Förderung erreichten Erfolge in Ostdeutschland nicht wieder verloren gehen.

Das wiedervereinigte Deutschland im europäischen Einigungsprozess

83. Das wiedervereinigte Deutschland hat seinen Platz in der Europäischen Union gefunden und versteht sich als ein Motor des europäischen Einigungsprozesses. Die Europäische Union hat sich als Kern einer stabilen Friedens- und Freiheitsordnung in Europa hervorragend bewährt. Der Europäischen Union stellen sich im 21. Jahrhundert mit der zunehmenden Globalisierung insbesondere des Wirtschaftslebens, der Energiesicherung und des internationalen Terrorismus neue Herausforderungen, die neue Anforderungen an den europäischen Einigungsprozess stellen. Nur gemeinsam können wir als Europäer in der globalen Ordnung mit den wirtschaftlichen und politischen Mächten die Zukunft gestalten.

Die Erweiterungsrounden der Europäischen Union waren Erfolge. Sie haben die Zone der Stabilität erheblich ausgeweitet und Deutschland insgesamt politischen und wirtschaftlichen Nutzen gebracht. Wir wollen eine Europäische Union, die ihre Akzeptanz durch ihre Bürger erhält. Deswegen muss die EU die Aufgaben erfüllen, denen sie in den Augen der Bürger nachkommen soll.

So liegt in Europa die Zukunft unseres wiedervereinigten Deutschlands. Wir werden unsere Erfahrungen aus dem Wiedervereinigungsprozess Deutschlands kreativ für das zusammenwachsende Europa nutzen. Die Menschen in Ostdeutschland bringen mit ihrer Lebensleistung und den Erfahrungen aus dem gelungenen Umbruch der friedlichen Revolution ein besonderes Potential für das Überwinden von Grenzen und dem Zusammenwachsen von Ost und West in Europa ein.